



HESSISCHER LANDTAG

Große Anfrage

Volker Richter (AfD), Gerhard Bärsch (AfD), Arno Enners (AfD), Robert Lambrou (AfD), Sandra Weegels (AfD)

Gesundheitsversorgung ukrainischer Geflüchteter in Hessen: Zugang, Kostenentwicklung und Belastung des Gesundheitssystems

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 sind zahlreiche ukrainische Staatsangehörige nach Hessen eingereist. Die medizinische Versorgung dieser Personengruppe stellt das Land, die Kommunen sowie die Träger des Gesundheitssystems vor erhebliche organisatorische und finanzielle Herausforderungen. Vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen ist eine transparente Darstellung von Versorgungsumfang, Kostenentwicklung und strukturellen Auswirkungen erforderlich.

Ukrainische Geflüchtete unterliegen unterschiedlichen leistungsrechtlichen Regelungen. Je nach Einreisezeitpunkt und Rechtsstatus erfolgt die medizinische Versorgung entweder über die gesetzliche Krankenversicherung oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Diese parallelen Systeme unterscheiden sich hinsichtlich Leistungsumfang, Finanzierung und Verwaltungsaufwand und können Auswirkungen auf Versorgungspraxis, Kostensteuerung und Gleichbehandlung haben. Unklar ist bislang, welche finanziellen Belastungen hieraus konkret für das Land Hessen entstehen und wie sich der Rechtskreiswechsel auf die tatsächliche Versorgung auswirkt.

Zugleich ist das hessische Gesundheitssystem bereits durch Fachkräftemangel, regionale Unterversorgung und steigende Ausgaben belastet. Besonders kosten- und betreuungsintensiv sind die Versorgung schwangerer Geflüchteter sowie die zahnmedizinische Behandlung, die im Asylbewerberleistungsgesetz nur eingeschränkt vorgesehen ist. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welchem Umfang zusätzliche Bedarfe bestehende Kapazitäten beanspruchen und welche Folgen dies für die langfristige Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems hat.

Vor diesem Hintergrund bedarf es einer umfassenden Darstellung der bestehenden Versorgungsstrukturen, der Inanspruchnahme medizinischer und zahnmedizinischer Leistungen sowie der hierdurch entstehenden Kosten. Ebenso sind die Auswirkungen auf Kapazitäten und Abläufe im hessischen Gesundheitssystem darzustellen.

Wir fragen die Landesregierung:

I. Zugang zur medizinischen Grundversorgung ukrainischer Geflüchteter – Hürden, Versorgungslage und Auswirkungen auf das Gesundheitssystem in Hessen

1. Wie viele ukrainische Staatsangehörige sind derzeit in Hessen gesetzlich krankenversichert (bitte nach Krankenkassen differenziert darstellen)?
2. Welche Daten liegen über die Inanspruchnahme hausärztlicher, fachärztlicher und psychotherapeutischer Leistungen seit 2022 vor?
3. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über bestehende Schwierigkeiten bei Terminvergaben, Sprachmittlung und Kommunikation?
4. Welche Maßnahmen wurden zur Verbesserung des Zugangs zur medizinischen Grundversorgung für ukrainische Geflüchtete ergriffen?

5. Welche Auswirkungen beobachtet die Landesregierung auf die Versorgungskapazitäten, insbesondere in Regionen mit hausärztlicher Unterversorgung?
6. Welche Instrumente existieren zur systematischen Erfassung der Leistungsanspruchnahme dieser Personengruppe?
7. Welche Kosten sind seit 2022 für medizinische Behandlung ukrainischer Geflüchteter im gesetzlichen Krankenversicherungssystem entstanden (aufgeschlüsselt nach Jahren)?

II. Medizinische Versorgung, psychosoziale Beratung, Hebammenhilfe und Nachsorge für schwangere ukrainische Geflüchtete in Hessen

8. Wie viele Lebendgeburten von Ukrainerinnen wurden seit 2022 in Hessen verzeichnet (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
9. Welchen Anteil machten diese Geburten in den genannten Jahren jeweils an allen Geburten in Hessen aus?
10. Wurden bei den Geburten ukrainischer Geflüchteter in Hessen besondere medizinische Auffälligkeiten oder Komplikationen beobachtet?
11. Wie hoch ist die Rate von Frühgeburten bei ukrainischen Müttern im Vergleich zum hessenweiten Durchschnitt?
12. Wie hoch ist die Rate an Kaiserschnittentbindungen bei ukrainischen Müttern im Vergleich zum hessenweiten Durchschnitt?
13. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, in welchem Umfang Kliniken oder Ärztinnen und Ärzte psychosoziale Belastungen im Zusammenhang mit diesen Geburten festgestellt und gemeldet haben?
14. Welche Möglichkeiten der Sprachmittlung stehen bei der medizinischen und psychosozialen Betreuung ukrainischer Schwangerer in Hessen zur Verfügung?
15. Gab es Berichte über Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme der Vorsorge, etwa wegen Sprachbarrieren oder Kapazitätsengpässen?
16. Inwiefern unterscheidet sich der Leistungsumfang für Schwangere nach AsylbLG gegenüber dem regulären Leistungsspektrum der gesetzlichen Krankenversicherung?
17. Wer trägt die Kosten der gesundheitlichen Betreuung schwangerer Geflüchteter in Hessen und wie hoch sind diese seit 2022 (bitte nach Träger und Jahr aufschlüsseln)?
18. Inwiefern werden Bundeshilfen oder Bundesmittel genutzt, um die Gesundheitsversorgung dieser Personengruppe zu finanzieren?
19. Gab es seit 2022 Fälle, in denen Geburtskliniken an ihre Kapazitätsgrenzen gelangten und werdende Mütter verlegt oder abgewiesen wurden?
20. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, in welchem Umfang ukrainische Wöchnerinnen in Hessen tatsächlich Zugang zu einer angemessenen Hebammen-Nachsorge im Wochenbett erhalten?

21. Welche Informationen liegen der Landesregierung über Fälle vor, in denen geflüchtete Mütter ohne Hebammenbetreuung im Wochenbett geblieben sind, einschließlich der Frage, wie in solchen Situationen die Versorgung dieser Frauen gewährleistet wurde?
22. Wie wird gewährleistet, dass die Neugeborenen ukrainischer Geflüchteter in das Vorsorgesystem eingebunden werden?
23. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse zu Versäumnissen oder Lücken bei den U-Untersuchungen ukrainischer, in Hessen geborener Kinder vor?
24. Welche Auswirkungen hat der Zuzug ukrainischer Schwangerer auf die Nachfrage nach Hebammenleistungen in Hessen gehabt?
25. Wie viele geflüchtete Hebammen aus der Ukraine sind in Hessen tätig oder haben einen Anerkennungsprozess begonnen?
26. Werden Mitarbeitende im Gesundheitswesen speziell auf den Umgang mit geflüchteten Schwangeren geschult?
27. Wie viele minderjährige schwangere Ukrainerinnen bzw. junge Mütter sind den hessischen Behörden seit 2022 bekannt geworden?
28. In welchem Betreuungssystem befinden sich diese minderjährigen Schwangeren oder Mütter?
29. Gibt es für diese Zielgruppe spezielle Unterbringungsangebote wie Mutter-Kind-Einrichtungen?
30. Welche Schutzmaßnahmen bestehen für minderjährige Schwangere zur Prävention von Gewalt oder Ausbeutung?
31. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche unter ukrainischen Geflüchteten seit 2022 vor, und wie haben sich diese Fallzahlen entwickelt?
32. Welche Informationen liegen der Landesregierung über Gründe für Schwangerschaftsabbrüche bei ukrainischen Geflüchteten vor, insbesondere im Hinblick auf kriegs- oder fluchtbedingte Traumatisierungen, familiäre Trennungssituationen oder psychosoziale Belastungen?
33. Wie wird sichergestellt, dass ukrainische Frauen Zugang zu einer für sie verständlichen Schwangerschaftskonfliktberatung erhalten, einschließlich der Bereitstellung geeigneter sprachlicher Unterstützung?
34. Findet ein Austausch mit Bund oder Ländern zu den Herausforderungen bei der Versorgung schwangerer Geflüchteter statt?
35. Wie beurteilt die Landesregierung die Gesamtsituation der Versorgung schwangerer ukrainischer Geflüchteter in Hessen?

III. Zahnmedizinische Versorgung ukrainischer Geflüchteter – Zugang, Kosten, Versorgungslücken

36. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über den allgemeinen zahnmedizinischen Behandlungsbedarf ukrainischer Geflüchteter seit 2022 vor?
37. Welche zahnmedizinischen Leistungen wurden seit 2022 am häufigsten in Anspruch genommen (z. B. Schmerzbehandlungen, Füllungen, Extraktionen, Prothetik, Kieferorthopädie)?

38. Welche Informationen liegen der Landesregierung darüber vor, in welchen Fällen zahnmedizinische Behandlungen aufgrund leistungsrechtlicher Einschränkungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht oder erst verzögert durchgeführt wurden?
39. Welche Auswirkungen hat der Wechsel vom Leistungsbezug nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch zum Asylbewerberleistungsgesetz auf den Zugang ukrainischer Geflüchteter zu zahnmedizinischen Leistungen in Hessen?
40. Wie wird sichergestellt, dass ukrainische Geflüchtete zeitnah Zugang zu zahnmedizinischen Schmerzbehandlungen erhalten, insbesondere in Regionen mit hoher Auslastung von Zahnarztpraxen?
41. Welche Unterstützungsstrukturen stehen zur Verfügung, um sprachliche Barrieren bei der zahnmedizinischen Versorgung ukrainischer Geflüchteter zu überwinden?
42. Welche Erkenntnisse liegen über gemeldete zahnmedizinische Notfälle ukrainischer Geflüchteter seit 2022 vor?
43. Welche Rückmeldungen liegen der Landesregierung zu Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Zahnersatz oder größeren zahnmedizinischen Behandlungen vor?
44. Welche finanziellen Aufwendungen entstanden seit 2022 für die zahnmedizinische Versorgung ukrainischer Geflüchteter?
45. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, in welchen Fällen es nach dem Rechtskreiswechsel zu Einschränkungen oder Verzögerungen bei zahnmedizinischen Behandlungen gekommen ist?

Wiesbaden, 19. Dezember 2025



(Volker Richter)



(Gerhard Bärsch)



(Arno Enners)



(Robert Lambrou)



(Sandra Weegels)